

19.24

**Abgeordnete Mag. Meri Disoski** (Grüne): Herr Präsident! Frau Ministerin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe ZuseherInnen! Kollegin Pfurtscheller, du hast da während deiner Rede auf einen Zwischenruf des Kollegen Matznetter reagiert und gemeint: Sie sind kein Spezialist, bitte sparen Sie sich Ihre Zwischenrufe! – Kollege Matznetter ist wahrlich kein Spezialist, wenn es um Gleichbehandlungsfragen geht. *(Zwischenruf des Abg. Matznetter.)* Er hat seinerzeit – 2017 – gemeinsam mit Kollegen Jan Krainer erklärt, wieso ein grüner Antrag auf Halbierung der Tampontax nicht angenommen werden kann und daher vertagt wird. Das spricht wahrlich nicht für seinen Expertenstatus in diesem Thema.

Kommen wir aber zum eigentlichen Thema des jetzigen Antrages! Mit Regierungseintritt der Grünen ist der Frauenanteil in den Aufsichtsräten der 19 Unternehmensbeteiligungen des Klimaschutzressorts bei 37 Prozent gelegen. Innerhalb eines Jahres hat es die Klimaschutzministerin geschafft, diesen Anteil auf 49 Prozent zu erhöhen. Während manche vorgeben, dass sie vergeblich und händeringend nach qualifizierten Frauen oder wahlweise nach gut steuerbaren Frauen suchen *(Zwischenruf des Abg. Matznetter)*, berufen andere einfach gut qualifizierte Frauen in steuernde Funktionen *(Beifall bei den Grünen)* und zeigen damit, es gibt kein Problem mit der Quote, Mann oder Frau muss es nur wollen.

Wenn wir jetzt darüber reden, wieso wir Frauenquoten brauchen, wieso Frauen in Führungspositionen noch immer unterrepräsentiert und schlechter bezahlt sind, dann müssten wir eigentlich über die ungleiche Verteilung von unbezahlter Sorgearbeit und über die ungleiche Inanspruchnahme von Karenzen reden. Auch im Jahr 2021 sind es primär Frauen, die beruflich zurückstecken und auf ihre Karriere verzichten – aus einem einfachen Grund: Die Männer machen es nicht, nicht einmal jeder fünfte Vater geht in Karenz. Eine partnerschaftliche Aufteilung von Sorgearbeit und von Karriere- und Verdienstmöglichkeiten sieht anders aus.

Wie sieht es mit der Gleichstellung im öffentlichen Dienst aus? – Darüber gibt der Gleichbehandlungsbericht des Bundes Aufschluss. Kollegin Brandstötter von den NEOS hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass da eine Lücke in der Datenlage vorhanden ist. Bis dato ist nämlich nicht einsehbar, wie hoch der Anteil von Frauen und Männern ist, die im öffentlichen Dienst in Karenz gehen. Diese Leerstelle schließen wir mit dem vorliegenden Antrag, eingebracht von der ÖVP und den Grünen gemeinsam mit den NEOS. Wir fordern darin die Frauenministerin und den Bundesminister auf, in künftige Gleichbehandlungsberichte des Bundes Daten zur Verteilung der Elternkarenzen aufzunehmen, denn nur wenn wir wissen, wann wer warum in Karenz

geht oder auch nicht, können wir weitere politische Maßnahmen setzen, um zu einer faireren Verteilung von Sorgearbeit und von Karriere- und Verdienstmöglichkeiten zu kommen. Da muss der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorangehen, wie er es in puncto Frauenquoten ja auch schon tut.

Danke, Kollegin Brandstötter, für deine Initiative – ich freue mich, dass wir gemeinsam die nächsten Schritte gehen können. *(Beifall bei den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

19.27

**Präsident Ing. Norbert Hofer:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Henrike Brandstötter. – Bitte, Frau Abgeordnete.